

Die zentrale Bedeutung von Erwerbarbeit als Hindernis für alternative Formen der Vergemeinschaftung

Englert, Kathrin; Grimm, Natalie; Sondermann, Ariadne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Englert, K., Grimm, N., & Sondermann, A. (2012). Die zentrale Bedeutung von Erwerbarbeit als Hindernis für alternative Formen der Vergemeinschaftung. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 32(124), 11-23. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-425648>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Wunder-Fix
Haarschale I
Haarschale P
Fächerhülle K
Sternen-Creme
Föhn mit Fix
Schönheit mit H
Haare mit Fix

Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann

Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit als Hindernis für alternative Formen der Vergemeinschaftung

Erwerbsarbeit ist ganz zweifellos der nach wie vor zentrale Modus gesellschaftlicher Integration. Das Deutungsmuster, nach dem eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe an die Voraussetzung von Erwerbsarbeit geknüpft ist, hat nichts an seiner Hegemonie verloren, im Gegenteil: Die Erwerbsarbeitsnorm wird im öffentlichen Diskurs vielmehr forciert und keineswegs in Frage gestellt. Die aktuelle *Hyperarbeitsgesellschaft* (Voß/Pongratz 2001), die mehr denn je in allen Bereichen von Erwerbsarbeit geprägt ist, beinhaltet allerdings auch eine enorme Zunahme prekärer und nicht-existenzsichernder Beschäftigung sowie eine anhaltende Erwerbslosigkeit für einen Teil der Bevölkerung. Aus dieser Gleichzeitigkeit zweier widersprüchlicher Entwicklungen resultiert ein offenkundiges Dilemma: Einerseits wird Erwerbsarbeit als Norm, Quelle der Anerkennung und zentraler Modus der Vergesellschaftung seit Jahren von arbeitsmarktpolitischer Seite verstärkt – und andererseits erweist sich Erwerbsarbeit für nicht wenige Menschen zunehmend als unsicher oder sogar obsolet für eine stabile soziale Integration und vollwertige gesellschaftliche Teilhabe. Dies gilt nicht allein für Langzeiterwerbslose, die kaum noch eine Chance auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt haben, sondern auch für prekär Beschäftigte bzw. Personen, die in ihrer Biographie mehrfach oder dauerhaft zwischen Erwerbsarbeit und Leistungsbezug wechseln (Grimm/Vogel 2008; Grimm/Vogel 2010). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach möglichen alternativen Orientierungen und Handlungsstrategien, mit denen die Zentralität von Erwerbsarbeit relativiert werden könnte, in besonderer Weise. Wir möchten dieser Frage in unserem Beitrag anhand der subjektiven Sicht und alltäglichen Handlungsstrategien von prekär Beschäftigten und Erwerbslosen nachgehen und herausarbeiten, ob und inwiefern bei ihnen Formen der Vergemeinschaftung und Solidarisierung erkennbar werden, die man als Ansätze für Alternativen zur hegemonialen

Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit bezeichnen könnte. Lässt sich bei prekär Beschäftigten und Erwerbslosen eine 'innere' Distanz gegenüber dem zentralen Integrationsmodus finden, welche der faktisch schwindenden Integrationskraft von Erwerbsarbeit Rechnung tragen würde?

1 Die Persistenz der Erwerbsarbeitsnorm im Kontext von Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung

Anhand von umfangreichem Datenmaterial aus verschiedenen, eigenen, qualitativen Forschungsprojekten zu Erwerbslosigkeit und Prekarisierungsprozessen werden wir in unserem Beitrag zeigen, dass es äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich ist, Orientierungen, Handlungsstrategien und Formen der Vergemeinschaftung oder Solidarisierung zu finden, die eine Alternative zur zentralen gesellschaftlichen Norm von Erwerbsarbeit bilden. Gründe dafür liegen sowohl auf struktureller als auch auf subjektiver Ebene.

1.1 Die (arbeitsmarkt-)politische Forcierung der Erwerbsarbeitsnorm

Nicht zuletzt durch die tiefgreifenden arbeitsmarktpolitischen Veränderungen im Zuge des Reformpaketes „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, den sog. Hartz-Reformen, kam es in verschiedener Weise zu einer Verschärfung der Erwerbsarbeitsnorm. Erstens wurde im Rahmen der Einführung des SGB II der Kreis der Adressat/innen für eine Aktivierung im Sinne des „Förderns und Forderns“ ausgeweitet. Man klassifizierte nicht nur ehemalige Sozialhilfeempfänger/innen vermehrt als „Erwerbsfähige“, sondern favorisierte, dem Leitbild des *adult worker model* folgend, auch das familiäre Doppelversorgermodell, so dass elterliche (meist mütterliche) Sorge- und Familienarbeit zunehmend nur noch als Vermittlungshemmnis für den Arbeitsmarkt erscheint und keine Freistellung von der Erwerbspflicht mehr rechtfertigt. Zweitens wurde vom Prinzip des Statuserhalts zu dem der Exklusionsvermeidung umgestellt (Bude/Willisch 2006), oberstes Ziel ist die Reduzierung von „Hilfebedürftigkeit“ um jeden Preis. Ansprüche an eine Beschäftigung, die über eine minimale Existenzsicherung hinausreichen, werden dabei als überhöhte, nicht mehr zeitgemäße Vorstellungen von einer zumutbaren Arbeit zurückgewiesen. Das traditionell verankerte Prinzip der Beruflichkeit sowie der individuelle Wunsch nach einer kontinuierlichen und (möglichst) sinnstiftenden Erwerbsarbeit sollen zugunsten einer schlichten, arbeitsethischen Zuspitzung der Erwerbsarbeitsnorm

aufgegeben werden, nach der jedwede Beschäftigung besser zu sein hat als eine Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Propagiert wird drittens die Übernahme von Eigenverantwortung. Im Sinne des „gewährleistenden Staates“ (Vogel 2007) sollen Erwerbs- und Lebensrisiken durch die Herstellung unbedingter Beschäftigungsfähigkeit möglichst individuell erfolgreich bewältigt werden. Indem die Verantwortlichkeit für Markterfolg und Markversagen zunehmend an die Individuen übertragen wird, nimmt der Zwang zur Verwertung der eigenen Arbeitskraft weiter zu.

Die Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik beinhaltet nicht allein für Erwerbslose erhebliche Folgen, sondern – dies zeigt unser Datenmaterial ganz deutlich – auch für Personen, die wechselhaft, instabil oder prekär beschäftigt sind. Dabei lassen sich die Veränderungen in der Arbeitswelt, die Dynamik der Arbeitsmärkte und die neue Vielfalt von Beschäftigungsformen keineswegs von der (arbeitsmarkt-)politischen Ebene trennen. Die aktuelle politische Ordnung räumt der Beschleunigung und Fragmentierung höchste Priorität ein bzw. tritt diesen Entwicklungen nicht mehr kompensatorisch entgegen. Es kommt aus politischer Sicht immer weniger darauf an, auf die Sicherung und Gewährleistung einer stabilen gesellschaftlichen Teilhabe hinzuwirken (Grimm/Plambeck/Vogel 2011). Dies spiegelt sich nicht nur in den geringen Regelsätzen des SGB II und den verschärften Zumutbarkeitskriterien wider, sondern auch in der von politischer Seite intendierten und durchgesetzten Flexibilisierung und Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen – beispielhaft sei hier auf die rechtliche Ermöglichung der Mini- und Midijobs oder der Leiharbeit verwiesen –, die gleichermaßen zu einer Prekarisierung der Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse geführt haben.

Der ‚Erfolg‘ der Arbeitsmarktreformen besteht nicht zuletzt darin, auch aktuell Erwerbstätige, die zwischen Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit wechseln, in Bewegung zu halten. Prekär Beschäftigte ergreifen meist jegliche Möglichkeit, um nicht in den Leistungsbezug ‚abzurutschen‘. Der Druck, sich am Erwerbsleben zu beteiligen – und sei es durch einen schlecht bezahlten Minijob oder durch Leiharbeit – wächst durch die aktivierende Arbeitsmarktpolitik deutlich. Denn sobald eine Person erwerbslos wird, ist sie unmittelbar vielfältigen Formen der (latenten wie manifesten) Disziplinierung ausgesetzt, mit denen sie als Klient/in der Arbeitsverwaltung dazu angehalten wird, sich fortwährend um eine möglichst schnelle Integration in Erwerbsarbeit zu bemühen (Ludwig-Mayerhofer/Behrend/Sondermann 2009). Gerade jene, denen Erwerbsarbeit mehr bedeutet als die Unabhängigkeit von Transferleistungen, die also mehr als nur instrumentelle Bezüge mit einer Beschäftigung verbinden, erleben diese Disziplinierung als krisenhaft, wie das folgende Zitat eines Erwerbslosen prägnant verdeutlicht.

„Also denen, muss ich jetzt mal wortwörtlich sagen, im Jobcenter oder auch in der Agentur für Arbeit isses sozusagen scheißegal, was die Leute so für Angebote kriegen, weil es wird ja gesacht 'Nehmen Sie diesen Job nicht an, dann kürzen wir Ihnen erst mal das Arbeitslosengeld oder Sie kriegen gar kein Arbeitslosengeld mehr.'“

Diese Äußerung stammt gerade nicht von dem medial beschworenen, aber empirisch kaum auffindbaren arbeitsunwilligen Erwerbslosen¹, sondern vielmehr von einem ehemaligen und nach wie vor hochmotivierten Beschäftigten aus dem handwerklich-manuellen Bereich, der seine Definition einer Berufsehre durch Angebote von Zeitarbeitsfirmen verletzt sieht, die nicht nur seinen Status eines „Altgesellen“, sondern auch seine innerfamiliäre Position als Familiernährer verletzen. Was der Befragte erlebt hat – er sah sich schließlich durch die disziplinierende Androhung eines sog. Ein-Euro-Jobs dazu gezwungen, eine schlecht bezahlte Arbeit in einem Callcenter aufzunehmen –, trifft letztlich für einen Großteil der Erwerbslosen zu: Selbst wenn die Disziplinierung noch latenter bleibt, sich sozusagen auf eine 'aktivierende Rede' in den Gesprächen mit den Vermittler/innen beschränkt, ist die Auseinandersetzung mit der Frage virulent, bis zu welcher Grenze man gehen würde oder sollte, um diesen Druck der Arbeitsverwaltung – und sei es auch nur für einen per se begrenzten Zeitraum – hinter sich lassen zu können.² Von einer permanenten Disziplinierung seitens der Jobcenter berichten in Interviews auch Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen, die mit Einführung des SGB II als Aktivierungskundinnen entdeckt worden sind und nun mit einer Entwertung der von ihnen geleisteten Sorgearbeit konfrontiert werden und sich gezwungen sehen, ihre gesellschaftliche Integration über Sorgearbeit angesichts der Norm der universellen Erwerbsbürgerschaft verteidigen zu müssen (Englert 2010).

Hinzu kommt, dass gerade das Leben mit Arbeitslosengeld II durch Armut und Rechtsunsicherheit gekennzeichnet ist, so dass die Sicherung der eigenen Existenz zu einer permanenten, alltäglichen und zeitaufwändigen Belastung wird. Um „zumindest etwas überleben“ zu können – so formulieren es die Befragten in

1 So kommt eine Studie des IAB zu dem Ergebnis, dass der Großteil der ALG II-Beziehenden eine hohe Arbeitsmotivation aufzeigt, regelmäßigen Tätigkeiten wie Erwerbsarbeit, Ausbildung oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nachgeht und auf vielfältige Weise Arbeitssuche betreibt (Beste/Bethmann/Trappmann 2010).

2 Vgl. das Kooperationsprojekt zwischen der Universität Siegen und dem IAB (Nürnberg) „Organisationsreform der Arbeitsämter und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“ an der Universität Siegen (Projektleitung: Prof. Dr. Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Mitarbeiter/innen: Olaf Behrend, Ariadne Sondermann).

einem Werkstattgespräch³ –, müssen sie sich als „Lebenskünstler/innen“ erweisen, und nicht selten bedeutet die reale Armut aufgrund von Sanktionen seitens der Jobcenter oder Phasen der gerichtlichen Klärung von Leistungskürzungen eine andere und größere Not, als ‘nur’ von den ohnehin sehr geringen Regelsätzen leben zu müssen (Englert/Grimm/Sondermann 2010). Insofern fehlen Erwerbslosen nicht nur häufig die zeitlichen und finanziellen Ressourcen für eine Suche nach alternativen Formen der Vergemeinschaftung, sondern Erwerbsarbeit bleibt auch das einzige Versprechen, den Restriktionen der Jobcenter zu ‘entkommen’ und Autonomie über das eigene Leben zurückzugewinnen.

Gleichzeitig wird anhand unseres Datenmaterials aber auch sehr deutlich, dass der ‘Stress’ oder ‘Strudel’, in den die Einzelnen geraten, nicht allein auf einer prekarierten Arbeitswelt, dem verschärften Fordern der Arbeitsverwaltung, deren häufig produzierten Rechtsunsicherheit und der geringen Regelsatzhöhe beruht. Im Gegenteil: Es lässt sich vielmehr ein komplexes Wechselverhältnis zwischen äußeren Rahmenbedingungen sowie *eigens* geteilten Normen feststellen, welches Lösungsansätze *jenseits* von Erwerbsarbeit für die Akteur/innen schwierig werden lässt.

1.2 Erwerbsarbeit als nach wie vor von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten subjektiv geteilte Norm

Erwerbslose, auch jene, die kaum noch Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, bleiben, dies zeigt unser Datenmaterial, Teil der Arbeitsgesellschaft, indem sie die Norm der Erwerbsarbeit teilen und die Zentralität von Erwerbsarbeit für Teilhabe und Anerkennung nicht in Frage stellen (Sondermann/Ludwig-Mayrhofer/Behrend 2009). Dies spiegelt sich zum einen in ihrer Haltung gegenüber der Arbeitsverwaltung wider: Auch wenn vielfach Kritik an der Vorgehensweise von Vermittler/innen geübt wird (z.B. an der Missachtung einer Bindung an den erlernten Beruf), ist damit keine grundsätzliche Ablehnung der Forderung verbunden, sich um Erwerbsarbeit zu bemühen. Vielmehr wird nicht zuletzt eine fehlende Förderung der eigenen Chancen durch die Arbeitsverwaltung bemängelt: Krisenhaft ist für Erwerbslose eben auch, dass intransparent bleibt, warum Weiterbildungsmaßnahmen nicht bewilligt werden, die aus ihrer Sicht die Er-

3 Vgl. das Kooperationsprojekt zwischen dem Diakonischen Werk Hamburg und dem Hamburger Institut für Sozialforschung „Armut und Ausgrenzung. Betroffene zeigen ihre Sicht“ (Durchführung: Kathrin Englert, Natalie Grimm, Ariadne Sondermann).

folgschance bei den nächsten Bewerbungen erhöhen und sie zu 'besseren', kompatibleren Arbeitsmarktbürger/innen werden lassen könnten.

Zum anderen zeigt sich die Teilhabe an der Erwerbsarbeitsnorm in alltäglichen Handlungsstrategien. Dies gilt nicht nur für Erwerbslose, deren Alltag völlig von der Suche nach einer neuen Stelle bestimmt wird. Auch ein ehrenamtliches Engagement, das man als Alternative zum ersten Arbeitsmarkt und alternative Form der Vergemeinschaftung betrachten könnte, bleibt in starkem Maße mit dem Bedürfnis verknüpft, wenigstens einige der Bedeutungsdimensionen realisieren zu können, die Erwerbsarbeit in der Vergangenheit sinnstiftend werden ließ: Die Bewährung als nützliche und versierte Arbeitskraft, die gebraucht wird, und/oder eine gewisse (nun zwar nicht mehr materielle und institutionalisierte, aber immerhin noch symbolische) Anerkennung. Zudem wird das Ehrenamt oftmals als Alternative zu regulärer Erwerbsarbeit, also als eine Art zweitklassige Simulation einer regulären Beschäftigung, betrachtet, die nach wie vor als Ideal fortbesteht.⁴ Einige unserer Befragten haben außerdem – gemäß dem Motto 'Es gibt nichts umsonst' – das Gefühl, eine Gegenleistung für den Erhalt von Arbeitslosengeld II erbringen zu müssen.

„Ich sag mir immer, der Staat gibt mir Geld, warum soll ich denen das nicht also dafür, das Hartz IV ist ja eigentlich vom Staat geschenktes Geld dann, wenn man's mal so will. Warum soll ich dann nicht ehrenamtlich arbeiten, und meine Arbeitskraft und so 'n bisschen auch einbringen. Dass man eben auch Beschäftigung hat, dass man was zu tun hat, dass man merkt, dass man gebraucht wird.“

Auch die Befragten, die über lange Zeit oder sogar dauerhaft instabil beschäftigt sind und zwischen Leistungsbezug und Erwerbstätigkeitsphasen hin- und herpendeln, stellen die Zentralität der Erwerbsarbeit nicht in Frage, selbst wenn ein Aufstieg in ein stabiles und existenzsicherndes 'Normalarbeitsverhältnis' immer unwahrscheinlicher wird.⁵ Im Gegenteil: Sie bekräftigen die Erwerbsarbeitsnorm als zentrale Integrationsinstanz durch ihre enormen Aktivitäten,

4 Dies gilt ebenso für den sog. zweiten Arbeitsmarkt, in dem die staatlich geförderten Beschäftigungsverhältnisse von den Befragten nach ihrer jeweiligen Nähe zum ersten Arbeitsmarkt hierarchisiert werden.

5 Vgl. die qualitative Panelstudie „Prekarisierte Erwerbsbiographien am Rande der Hilfebedürftigkeit“ am Hamburger Institut für Sozialforschung (Projektleitung: PD Dr. Berthold Vogel, Mitarbeiter/innen: Natalie Grimm, Marco Sigmann, Jonte Plambeck), gefördert und geleitet vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Rahmen des Verbundprojekts „Gesellschaftliche Teilhabe im Spannungsfeld von Langzeitarbeitslosigkeit, Erwerbsintegration und öffentlich geförderter Beschäftigung“.

immer wieder eine neue Arbeitsstelle zu finden, sowie durch ihren andauernden Kampf gegen Verdrängung und Abstieg. Einige Interviewte arrangieren sich damit, dass sie nur temporäre „Ruhepausen“ im Kampf um Sicherheit und Anerkennung durch Erwerbsarbeit erhalten. Als „Verschnaufpausen“ bezeichnen sie dabei nicht Phasen der Erwerbslosigkeit, sondern Phasen, in denen sie wieder einmal einer Erwerbsarbeit nachgehen können. Kurz vor Ablauf der Erwerbstätigkeit (wenn das genaue Ende überhaupt bekannt ist) und während der beschäftigungslosen Zeit werden die Befragten nervös und ‘hyperaktiv’ und versuchen alles, um kurzfristig ein neues Beschäftigungsfeld für sich aufzutun.

„Jetzt hast du das erstmal, jetzt bleib erstmal in Ruhe ein halbes Jahr und dann kannst du dich wieder bewerben. Jetzt kann ich mich ein bisschen beruhigen, meine Finanzen ein bisschen beruhigen und dann geht’s wieder los.“

Das Erwerbsleben bleibt der normative Mittelpunkt der eigenen Lebensgestaltung, obwohl gerade den prekär Beschäftigten klar ist, dass sie nicht mehr länger von *Teilhabegegewissheiten* ausgehen können.

„Pffh, ja, also ich glaube, heutzutage kann man überhaupt nichts planen in der Hinsicht mit Arbeit, das geht so schnell, das habe ich ja gesehen, ne? Man fliegt raus oder kriegt mal Arbeit, wo man gar nicht gerechnet hat, ne?“

Ein weiterer Grund für das Festhalten an der Norm der Erwerbsarbeit dürfte zudem die häufig eher erfolglose Suche nach Alternativen sein. So erweisen sich bspw. auch alternative Formen der Vergemeinschaftung in sozialen Institutionen wie Nachbarschaftstreffs als ambivalent: Oftmals bleiben solche Anlaufstellen oder Angebote für Erwerbslose eine ‘Notlösung’, eben weil sie die Angebote nicht ‘freiwillig’ wahrnehmen (wie es bspw. bei Vereinsmitgliedern der Fall ist), sondern aufgrund ihrer schwierigen sozialen Lage, in der ihnen anderweitige Teilhabechancen weitgehend verwehrt sind. Insofern bleibt das Dilemma oder das widersprüchliche Gefühl für viele nicht auflösbar, einerseits dankbar für die Unterstützung zu sein, andererseits aber auch vor einer Alternativlosigkeit zu stehen, wenn es darum geht, sich gemäß eigener Interessen oder Vorlieben zu vergemeinschaften.

Diese Alternativlosigkeit kommt keineswegs allein durch die engen materiellen Grenzen zustande, die Erwerbslosen und instabil Beschäftigten bei ihrer Lebensführung und Freizeitgestaltung gesetzt sind. Unser Datenmaterial zeigt vielmehr auch klare Grenzen, die alternativen Formen der Vergemeinschaftung durch eine asymmetrisch verlaufende Solidarisierung ‘von unten nach oben’ gesetzt werden. Während sich Erwerbslose mit prekär Beschäftigten solidarisieren, indem sie Empathie und Mitleid zeigen und die schwierigen Bedingungen beklagen, unter

denen diese häufig arbeiten müssen, wird ihnen ein solches Verständnis nicht entgegengebracht. Vielmehr sind sie auch im sozialen Nahbereich (in der Familie, im Freundeskreis, bei ihrem ehrenamtlichen Engagement) nicht vor den negativen Zuschreibungen und der Skepsis geschützt, die sie bereits aus dem medialen Diskurs kennen. Im Gegenzug belegt die Forschung zu prekär Beschäftigten ein entsprechend starkes Abgrenzungsbedürfnis 'nach unten', welches sich mit dem Gefühl der eigenen Verwundbarkeit und Abstiegsängsten verbindet (u.a. Grimm/Plambeck/Vogel 2011). Der Arbeitsmarkt und die Arbeitswelt entwickeln sich zu einem Ort konfliktreicher Klassifikationskämpfe um Erwerbspositionen, wobei der Energieaufwand, in Beschäftigung zu kommen und sich dort zu halten, stark gestiegen ist. Somit bleibt faktisch auch wenig Kraft und Zeit für alternative Vergemeinschaftungsformen. Insgesamt lässt sich eher eine Tendenz zur Individualisierung und Entsolidarisierung verzeichnen.

Erwerbslose und prekär Beschäftigte bleiben also in mehrfacher Weise an die Erwerbsarbeitsnorm gebunden, obwohl Erwerbsarbeit ihre Integrationskraft verloren hat: Indem sie diese Norm selbst teilen und anderweitige Formen der Betätigung oder Vergemeinschaftung als defizitär wahrnehmen, aber auch, indem sich der Blick der Anderen auf sie weiterhin an der Einteilung in die Kategorien Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit orientiert.

2 Ansätze alternativer Formen der Vergemeinschaftung

Obleich wir die Frage nach Orientierungen, Handlungsstrategien und Vergemeinschaftungsformen, die man als 'echte' Alternative zur Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit bezeichnen könnte, auf Basis unseres vielschichtigen Datenmaterials in erster Linie negativ beantworten (müssen), sind dennoch einige Ansätze zu finden, bspw. im Rahmen von politischem Engagement, bei dem die kritische Auseinandersetzung mit den negativen Folgen der sog. Hartz-Reformen zentral ist. Interessant und gleichermaßen aufschlussreich ist, dass sich hier insbesondere ältere Erwerbslose engagieren. Ohne ihr teils aktives Eintreten für alternative Konzepte sozialer Absicherung schmälern zu wollen, ist es doch aussagekräftig, dass es sich insofern meist um Erwerbslose handelt, denen der erste Arbeitsmarkt bereits so lange aussichtsreiche Chancen verwehrt hat, bis sie sich selbst weniger als Arbeitsmarktbürger/innen denn als 'externe' Beobachter/innen der Entwicklungen betrachten (oder besser: betrachten müssen). Aus dieser Distanz ist ihr Blick durchaus auch auf grundsätzliche Alternativen zum aktuellen Sozialstaat gerichtet: Neben einer Kritik an den zunehmend prekarierten Arbeitsbedingungen geht es auch, allerdings eher nur singulär, um ein

bedingungsloses Grundeinkommen und damit um eine Position, bei der eine grundsätzlichere Entkopplung sozialer Rechte von Erwerbsarbeit angestrebt wird. Auch wenn mit Gewerkschaften und der Partei „Die Linke“ Adressaten der Vergemeinschaftung genannt werden, zeigt sich das Problem, dass Erwerbslose im politischen Spektrum keine wirkliche Lobby haben bzw. in besonderer Weise um ihre Position kämpfen müssen. Nicht selten bleiben den politisch engagierten Erwerbslosen nur Gruppen wie Erwerbsloseninitiativen, um der eigenen Meinung mit dem Rekurs auf eine spezifische ‘Betroffenheit’ Gehör zu verschaffen.

Das Datenmaterial⁶ hat darüber hinaus gezeigt, dass das Internet mit Foren, Chats oder sozialen Netzwerken für fast alle Interviewten unabhängig vom Grad der Orientierung an der Erwerbsarbeitsnorm als sozialer Ort von Bedeutung ist, denn so können soziale Kontakte trotz eingeschränkter räumlicher Mobilität und ohne die ‘übliche’ Festlegung der eigenen Identität auf den Erwerbsstatus gepflegt oder aufgebaut werden (Englert/Gerbig/Schwarz 2010). Einigen Erwerbslosen, die die gesellschaftliche Erwerbsarbeits- sowie Konsumorientierung kritisieren, eröffnet das Medium Internet sogar teilweise eine Möglichkeit der alternativen Vergemeinschaftung (Carstensen/Derboven/Winker 2012). Das Internet wird für sie zu einem Raum gemeinsamer politischer Arbeit, zu einem Ort der Vergemeinschaftung und Solidarität, auch weil es als demokratischeres Medium eine in klassischen Medien nicht zu findende Informations- und Meinungsvielfalt eröffnet und Ansätze für Gegenöffentlichkeiten ermöglicht. Alternativ sinnstiftend sind für diese Erwerbslosen ihre Tätigkeiten im Bereich des sozialen und politischen Engagements sowie der eigenen, im Internet kostenlosen (Weiter-) Bildung (ebd.).

Für einige unserer Interviewpartner/innen stellen freikirchliche, meist kleine Kirchengemeinden, neue Formen der Vergemeinschaftung dar. Diese können insofern als alternativ bezeichnet werden, als dass sich die Gemeindemitglieder auf einen gemeinsamen religiösen Wertehorizont beziehen, hinter den die Einteilung in erwerbstätig und erwerbslos zurücktritt. Die Übernahme von für die Gemeinde wichtigen Aufgaben ermöglicht allen Mitgliedern einen festen und anerkannten Platz.

6 Vgl. das DFG-Forschungsprojekt „Die Bedeutung des Internets für gesellschaftliche Teilhabe – am Beispiel alltäglicher Praxen Erwerbsloser“ am Arbeitsbereich Arbeit-Gender-Technik, TU Hamburg-Harburg (Projektleitung: Prof. Dr. Gabriele Winker, Mitarbeiter/innen: Kathrin Englert, Doris Gerbig, Betje Schwarz, zeitweise Dr. Tanja Carstensen).

Weniger auf ihren Erwerbsstatus 'zurückgeworfen' sehen sich Erwerblose mitunter auch durch eine künstlerische Betätigung. Obwohl wir hier wiederum nur auf einzelne Fälle zurückgreifen können, scheint der kulturelle Bereich teilweise die Chance zu bieten, sich *jenseits* der Erwerbsarbeitsnorm mit seinen Interessen und Ideen einzubringen.

„Ich erfahre Anerkennung und da spielt es auch keine Rolle, ob ich jetzt arbeitslos bin oder Hartz IV-Empfänger, das das danach wird da gar nicht gefragt, die wollen nur sehen, was kannst du, wer bist du.“

Die mehr intrinsischen Begründungsmuster einer künstlerischen Betätigung wie auch die Häufigkeit prekärer und kaum existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse im kulturellen Bereich *können* es hier offenbar begünstigen, dass interessierte Erwerblose weniger an ihrem Erwerbsstatus oder einem 'normalbiographischen' Werdegang gemessen werden. Allerdings dürfte nicht selten auch ein entsprechendes kulturelles Kapital eine Voraussetzung sein, der keineswegs jede/r entsprechen kann.

3 Ausblick

Ungeachtet dieser notwendigen empirischen Ausdifferenzierung halten wir jedoch den Blick auf die übergeordneten Dynamiken für zentral, die mit den sog. Hartz-Reformen und der Ausweitung des Niedriglohnsektors angestoßen bzw. weiter verstärkt wurden: Das Erleben von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung als andauernder Bewährungsprobe, der nicht nachlassende Druck, um seine Statusposition kämpfen zu müssen, die Verschärfung von Konkurrenz und Abstiegsängsten sowie die Sorge, ohne Möglichkeiten der Einflussnahme Formen der Disziplinierung, des Ausschlusses und der Stigmatisierung ausgesetzt zu werden.

Unser Datenmaterial spiegelt die Relevanz dieser Dynamiken deutlich wider: Denn obgleich die meisten prekär Beschäftigten und Erwerblosen die Erwerbsarbeitsnorm auch *vorgängig* teilen – im Sinne des Deutungsmusters von Erwerbsarbeit als Voraussetzung für vollwertige gesellschaftliche Teilhabe –, wird die Möglichkeit, sich von der Erwerbsarbeitsnorm zu distanzieren, durch die gewandelte und entsolidarisierende Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre zusätzlich immens erschwert. Die Befragten sind immer mehr gezwungen, ihre Energie auf den Verlauf ihres Erwerbslebens zu richten, andere Aktivitäten müssen dementsprechend reduziert werden. Gerade die Beispiele derer, die Versuche unternehmen, sich in alternativer Weise zu vergemeinschaften oder eine Sinnstiftung durch Betätigungen zu finden, die nicht mehr dem Ideal regulärer Erwerbsarbeit

entsprechen, verdeutlichen die engen Grenzen und die forcierte Wirkungsmacht der Erwerbsarbeitsnorm in prägnanter Weise. Wir finden zwar Ansätze alternativer Vergemeinschaftung, aber alternative Formen der Vergesellschaftung *jenseits* von Erwerbsarbeit scheinen nicht in Sicht. Und selbst die auffindbaren Ansätze alternativer Vergemeinschaftung bleiben z.T. an die Erwerbsarbeitsnorm geknüpft.

Trotz oder gerade aufgrund dieser ernüchternden Ergebnisse hinsichtlich möglicher Alternativen zur hegemonialen Vergesellschaftung über Erwerbsarbeit soll unser Artikel mit einem Plädoyer für eine andere Form der Sozialpolitik enden. Die krisenhaften Erfahrungen und gravierenden Probleme der prekär Beschäftigten *und* Erwerbslosen können und sollten aus unserer Sicht zum Ausgangspunkt für eine substantielle Kritik an der Arbeitsmarktpolitik und dem sich gravierend gewandelten Verständnis sozialer Absicherung genommen werden – gerade weil die subjektive Sicht der sog. Betroffenen im öffentlichen Diskurs kaum Gehör findet.

Bleibe man allein bei den Abstiegsängsten und Existenzsorgen der prekär Beschäftigten, könnte man eine Forderung nach verbesserten Beschäftigungsbedingungen, die sich auf die Höhe des Einkommens (Stichwort Mindestlohn) und auf die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse bezieht, für ausreichend halten. Mit einer solchen Forderung bliebe aber die krisenhafte Situation von Erwerbslosen unberücksichtigt, die eine Interviewpartnerin mit den folgenden Worten zusammenfasst: „Jeder muss doch leben. Und nicht dafür sanktioniert werden, dass er etwas Geld bekommt und keine Arbeit.“ Gefordert werden sollte aus unserer Sicht daher die Einführung eines bedingungslosen und ausreichend hohen Grundeinkommens. Ein solches würde nicht ‘plötzlich’ die Krise von Erwerbslosen lösen, da diese aktuell ja nicht zuletzt darunter leiden, nicht erwerbstätig zu sein. Die bei vielen von ihnen tief verwurzelte, arbeitsethisch fundierte Orientierung an der Erwerbsarbeitsnorm würde durch eine veränderte Form der sozialen Absicherung sicher nicht so schnell einen ‘freien’ Zugang zu einer Tätigkeitsgesellschaft ermöglichen, wie es von einigen Befürworter/innen des bedingungslosen Grundeinkommens vorausgesetzt wird. Ungeachtet dessen würden aber einige gravierende Probleme von Erwerbslosen – namentlich die Erfahrungen mit Disziplinierung und Stigmatisierung durch die Arbeitsverwaltung – nicht mehr ihren Alltag bestimmen (Behrend/Ludwig-Mayerhofer/Sondermann 2010). Zudem befänden sich prekär Beschäftigte, dies scheint uns eine berechtigte Hoffnung zu sein, in einer Situation der größeren Wahlfreiheit, da sich der Druck, bestimmte Erwerbsformen annehmen zu müssen, um einen Abstieg in den Leistungsbezug zu verhindern, verringern würde. Der durch die Arbeitsmarktpolitik induzierten Dynamisierung der Erwerbsbiographien sowie dem Credo ‘Jede Arbeit ist besser als keine’ könnte Einhalt geboten werden.

Eine solche Politik des Sozialen wäre aus unserer Sicht auch die wesentliche Voraussetzung dafür, dass alternative Orientierungen und Formen der Vergemeinschaftung sowie Solidarisierungsprozesse, die durch das Aktivierungsprinzip und die zunehmende Individualisierung der Verantwortung für Arbeitslosigkeit und Scheiternserfahrungen maßgeblich verhindert oder zumindest immens erschwert werden, überhaupt entwickelt werden können. Schließlich könnte damit auch das negativ fundierte Bild überwunden werden, das der arbeitsmarktpolitischen These, man müsse Bürger/innen erst im Sinne einer schlichten und antiquiert anmutenden Pädagogik aktivieren, zugrunde liegt. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen würde man Bürger/innen in ganz anderer Weise 'vertrauen' und 'zutrauen', ohne manifeste oder latente Androhung von Sanktionen gemäß ihrer je eigenen Motivationen und Interessen tätig zu werden.

Literatur

- Behrend, Olaf; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Sondermann, Ariadne 2010: Kritik der reinen Aktivierung. Analysen zu Praxis und Deutungsmustern professioneller Arbeitsvermittler und Arbeitsloser mitsamt Überlegungen zu sozialpolitischen Folgen eines bedingungslosen Grundeinkommens. In: Franzmann, Manuel (Hg.): Bedingungsloses Grundeinkommen als Antwort auf die Krise der Arbeitsgesellschaft. Velbrück, 197-247
- Beste, Jonas; Bethmann, Arne; Trappmann, Mark 2010: ALG II-Bezug ist nur selten ein Ruhekissen. Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft. IAB-Kurzbericht 15/2010, <http://doku.iab.de/kurzber/2010/kb1510.pdf> [10.03.2012]
- Bude, Heinz; Willisch, Andreas 2006: Das Problem der Exklusion. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige. Hamburg, 7-26
- Carstensen, Tanja; Derboven, Wibke; Winker, Gabriele unter Mitarbeit von Kathrin Englert, Doris Gerbig und Betje Schwarz 2012: Soziale Praxen Erwerbsloser. Teilhabe – Internetnutzung – Zeithandeln. Münster (im Erscheinen)
- Englert, Kathrin 2010: „Ich bin nicht arbeitslos.“ Aktivierung? Nein Danke! ALG II-beziehende Ehefrauen mit Kinderbetreuungsverpflichtungen im Widerstand? <http://www.feministisches-institut.de/aktivierung/#more-887> [08.01.2012]
- Englert, Kathrin; Gerbig, Do.; Schwarz, Betje 2010: Digitale Spaltung per Gesetz – Das Internet und soziale Ungleichheit im Alltag von Erwerbslosen. Tagungsbeitrag für den 27. Chaos Communication Congress „We come in peace“, http://events.ccc.de/congress/2010/Fahrplan/attachments/1727_Paper_Digitale%20Spaltung%20per%20Gesetz.pdf [08.01.2012]
- Englert, Kathrin; Grimm, Natalie; Sondermann, Ariadne 2010: „Man hat keine Rechts-sicherheit, etwas ganz Fundamentales ist da verloren gegangen, wenn man durch die Netze durchgefallen ist.“ Ergebnisbericht des Projekts: Armut und Ausgrenzung –

- Betroffene zeigen Ihre Sicht. In: Diakonisches Werk Hamburg (Hg.): Armut und Ausgrenzung. Betroffene zeigen Ihre Sicht, <http://www.diakonie-hamburg.de/fix/files/doc/Bro%20Armut%20uns%20Ausgrenzung.2.pdf> [08.01.2012].
- Grimm, Natalie; Vogel, Berthold 2008: Prekarität der Arbeitswelt. Grenzgänger am Arbeitsmarkt. In: Forschung & Lehre, 15. Jg., Heft 10, 676-677
- 2010: Prekarisierte Erwerbsbiographien und soziale Ungleichheitsdynamik. Perspektiven und Befunde einer qualitativen Panelstudie. In: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen. Verhandlungen des 34. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008. Wiesbaden, CD-ROM
- Grimm, Natalie; Plambeck, Jonte; Vogel, Berthold 2011: Teilhabesicherung im Kontext prekariertener Erwerbsbiographien und geförderter Beschäftigung. Abschlussbericht (unveröffentlichtes Manuskript)
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf; Sondermann, Ariadne 2009: Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit. Arbeitslose und Arbeitsvermittler im neuen Arbeitsmarktregime. Konstanz
- Sondermann, Ariadne; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf 2009: Die Überzähligen – Teil der Arbeitsgesellschaft. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/New York, 157-167
- Vogel, Berthold 2007: Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft. Hamburg.
- Voß, Günter; Pongratz, Hans 2001: Erwerbstätige als „Arbeitskraftunternehmer“. Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft? In: SOWI – Sozialwissenschaftliche Informationen, 30 Jg., Heft 4, 42-52

*Kathrin Englert, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen
E-Mail: englert@soziologie.uni-siegen.de*

*Natalie Grimm, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36, 20148 Hamburg
E-Mail: Natalie.Grimm@his-online.de*

*Ariadne Sondermann, Universität Siegen, Adolf-Reichwein-Str. 2, 57068 Siegen
E-Mail: sondermann@soziologie.uni-siegen.de*